

Z e i t s c h r i f t für P o l i t i s c h e T h e o r i e

Call for Papers für ein ZPTh-Themenheft

Demokratien in der Auszeit? Ideenhistorisch-konzeptuelle und theoretisch-analytische Perspektiven auf die temporalen Dimensionen von Ausnahmezuständen

In der Corona-Krise scheint es so, als ob sogar die Zeit aus den Fugen geraten ist. Besonders offensichtlich wird dies an den die Grundrechte einschränkenden politischen Maßnahmen, zu denen demokratische Staaten angesichts der Krise nur „ausnahmsweise“ und für einen befristeten Zeitraum greifen sollten. Häufig wurden diese Maßnahmen jedoch verlängert, mancherorts nur wenige Wochen nach dem Auslaufen wieder neu beschlossen. Die Grenzen der Ausnahmezeit wurden unscharf und unsicher. Denn die Abfolge der Infektionswellen ruft wiederkehrende Maßnahmen hervor, in deren Licht die politische Ausnahmezeit nicht mehr als singuläre Unterbrechung einer linear vorgestellten Normalzeit, sondern als offensichtlich zyklische und durch Problemlagen quasi determinierte Alternativzeit erscheint, ohne dass deren Ende klar absehbar ist. Aber auch die subjektiven Zeiterfahrungen und -betroffenheiten der Bürgerinnen und Bürger waren und sind in den Zeiten der Ausnahme sehr unterschiedlich verteilt, je nachdem ob man allein zu Hause oder im Pflegeheim ausharrt, ob man in sog. systemrelevanten Berufen weitgehend normal oder gar unter akuter Zusatzbelastung arbeitet, ob man dabei verschiedene differenzierte Lebensbereiche (Beruf, Schule, Freizeit etc.) zeitweise an einem Ort zusammenführen und zeitlich strukturieren muss und dann über die dafür nötigen Ressourcen verfügt. Darüber hinaus sind die Eigenzeiten verschiedener Teilsysteme der Gesellschaft während der Ausnahmezeit unterschiedlich betroffen. Viele politische Maßnahmen erfolgten durch kurzfristig implementierbare Verordnungen statt durch langwierigere Gesetzgebungen. Auf höchstgerichtliche Urteile muss die Politik, aber auch die Bürgerinnen und Bürger angesichts der unmittelbaren Betroffenheit zu lange warten, während Amtsgerichte inzwischen zu schnellen, aber gleichzeitig auch oft zu unterschiedlichen Urteilen über diese Maßnahmen kommen. Gerichtsurteile kommen so mal zu spät, mal rechtzeitig, mal zum falschen Zeitpunkt. Die Rhythmen der Teilsysteme kommen mit den Tempi der Ausnahmezeit nur schwer in Einklang. Aber politische Zeit erweist sich auch keinesfalls als einheitlich: Der Bundestagswahlkampf hat gezeigt, dass sich politische Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen an verschiedenen Zukunftshorizonten orientieren (Wahltermin oder nächste Welle?) und „Auf-Zeit-Spielen“ ebenso zu einer Politik der Zeit im Ausnahmezustand gehört wie das Drängen auf beschleunigte Beschlussverfahren.

Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Erfahrungen werfen wir theoretische und analytische Fragen zur Zeitlichkeit des politischen Ausnahmezustands auf. In klassischen Vorstellungen erscheinen die Krisensituationen, auf die im Ausnahmezustand politisch reagiert werden soll, meist als akut und sie treten unerwartet, plötzlich und schnell auf. Als Abweichung von

der Normalität soll die Politik der „Ausnahme“ nur vorübergehend und von möglichst kurzer Dauer sein. Zeit erscheint hier nur in der besonderen „Dringlichkeit“ der Feststellung des Ausnahmezustands und der „Befristung“ seiner Geltung. Wie aktuelle Debatten jedoch bereits zeigen, ist dieser Zustand in zeitlicher Hinsicht damit nur unzureichend erfasst, sobald dieser zeitlich begrenzte „Zustand“ durch Verlängerungen, Wiederholungen oder Neuausrufungen auf Dauer gestellt wird – ändert sich damit auch der Normalzustand der Rechtsordnung und des politischen Systems? Wird eine zunächst nur als vorübergehend erwartete Krise zum Dauerproblem, routinisiert sich ihre politische Bearbeitung dann im Rahmen der neuen „ausnahmsweise“ etablierten politischen Verfahren oder wird ihre Bearbeitung im Lauf der Zeit wieder auf alte, bewährte, „normale“ Routinen zurückgesetzt? In welchen Fällen die Ausnahme temporal nicht begrenzt bleibt und wie sie sich ggf. zum Normalzustand wandelt, hängt vielleicht auch mit der Reaktion und ihrer Zeit zusammen, also mit schnellen und deshalb effektiven politischen Maßnahmen. Ebenso hängt die Art der Ausnahmepolitik womöglich mit den Erfahrungen früherer Krisenbewältigung sowie dem etablierten Wissen um die Möglichkeiten, die Grenzen und die Risiken der Politik im Ausnahmezustand zusammen.

Die Frage nach der Zeit der Ausnahme ist offensichtlich mehrdimensional. Denn der Umgang mit Zeitlichkeit umfasst nicht nur die Kurzfristigkeit der Notsituation, die Reaktionszeit bis zur „Ausnahme“ und deren Geltungszeit, sondern darüber hinaus die De-Synchronisation systemischer Eigenzeiten, die Verunsicherung institutioneller Routinen sowie retrospektive Verarbeitung vergangener Krisenereignisse und die prospektive Antizipation neuer Ausnahmen. Ob das Konzept des *Ausnahmezustands* dieser Temporalität ausreichend Rechnung tragen kann, ist zumindest fragwürdig geworden. Vielleicht lässt sich dies besser reflektieren, wenn Demokratien in einer „Auszeit“ gesehen werden – einer Zeit, in der sie nicht nur aus ihrem „Normalbetrieb“ ausbrechen, sondern auch aus ihren „normalen“ Zeitstrukturen.

Die Beiträge zum Themenheft sollen deshalb die unterschiedlichen zeitlichen Dimensionen der Ausnahme für Demokratien unter theoretisch-analytischen und ideenhistorisch-konzeptuellen Perspektiven in verschiedenen Hinsichten untersuchen:

Ideenhistorisch-konzeptuelle Perspektiven

- In der politischen Ideengeschichte wird die Situation des Ausnahmezustands meistens (etwa bei Machiavelli oder Locke) als eine Herausforderung beschrieben, die einem typischen Zeitmuster folgt: Ein unvorhergesehenes Ereignis zwingt zu schnellem Handeln, das sich nicht an der Langwierigkeit der etablierten Verfahren und dem Buchstaben des Gesetzes orientiert. Gibt es andere ideengeschichtliche Reflexionen (auch aus der Soziologie oder Geschichtswissenschaft), die dieser verbreiteten Vorstellung einer natürlichen „emergency time“ widersprechen? Ist der Ausnahmezustand weniger eine Episode oder ein Ereignis, sondern gar eine Grundstruktur der Politik (Agamben)?
- Inwiefern lässt sich mit Schmitt vom Ausnahmezustand als der wahren Stunde der Souveränität und der Politik ausgehen, die sich von der Banalität der alltäglichen Verfahren abhebt? Wenn Schmitt in der „Politischen Theologie“ vom Ausnahmezustand als einem „Wunder“ spricht – gibt es andere theoretische Ansätze einer solchen Sakralisierung? Inwiefern kann es eine politische Strategie sein, den Ausnahmezustand als „Stunde der Wahrheit“ zu inszenieren?
- Können aus benachbarten Disziplinen theoretische Impulse für eine politiktheoretische Konzeptualisierung der Zeit der Ausnahme gewonnen werden? Lassen sich Verbindungen herstellen zwischen den politiktheoretischen Debatten

um die (mögliche) Normalisierung und Verstetigung von Ausnahmezuständen und den soziologischen Diskursen von Risikogesellschaft (Beck) und Resilienz? Ist der Ausnahmezustand ein Tipping Point der Politik?

- Was passiert, wenn die Politik selbst die Notlage verursacht? Ist die Idee des Widerstandsrechts dann die andere Seite des staatlichen Ausnahmezustands? Ist das Widerstandsrecht vielleicht der Ausnahmezustand im Zeitalter der Singularitäten?

Theoretisch-analytische Perspektiven:

- Anhand welcher Kriterien lässt sich die Unterscheidung von Normalzustand und Ausnahmezustand treffen? Handelt es sich um alternative Modi der Politik? Oder gibt es, gerade angesichts der zahlreichen Krisenphänomene der letzten Jahre, eine Verstetigung des politischen Ausnahmezustands? Wenn es zu einer Überlagerung von Normalzeit und Ausnahmezeit kommt, wie lässt sich diese am besten analytisch fassen?
- Welche Zeitfaktoren gilt es zu berücksichtigen, wenn Ausnahmezustände nicht als punktuelle und zeitliche verdichtete „Situationen“ gedeutet werden, sondern als Prozesse? Wie unterscheiden sich diese Zeitebenen nach Art der zu bewältigenden Notsituation (Naturkatastrophen, Finanzkrisen, Terrorismus, Pandemien, humanitäre Katastrophen, Erderwärmung etc.)?
- Wie wird durch die Manipulation von Prozessen in Ausnahmezuständen Zeitpolitik betrieben? Und wie steht es um die zeitliche Koordination von Institutionen und Funktionssystemen mit verschiedenen Eigenzeiten, z.B. Politik (unterschieden in Exekutive und Legislative), Justiz und Wissenschaft usw., angesichts unterschiedlicher Krisenphänomene? Wirken sich diese Eigenzeiten in Ausnahmezuständen anders aus als in Normalzeiten? Unterscheiden sich verschiedene Demokratietypen oder politische Systeme hierbei?
- Welche Zeitregeln kommen im „Ausnahmeverfassungsrecht“ (Anna-Bettina Kaiser) zum Ausdruck? Welche Zeiterzählungen (historische Narrative) spielen bei der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung des Ausnahmezustands eine Rolle und wie unterscheiden sich hier Staaten und politische Kulturen? Welchen Effekt hat die Antizipation künftiger Krisen und Katastrophen auf die „Normallage“? Wie wirkt sich diese Antizipation in verschiedenen Problemfeldern (Terrorismus, Klimapolitik, Pandemien) auf Politik, Recht und Gesellschaft (Mentalitäten) aus?

Erbeten wird zunächst ein aussagekräftiges Abstract des beabsichtigten Beitrages im Umfang von maximal 1.000 Worten. Senden Sie uns diesen bitte mit kurzen Angaben zur Person bis zum 15. März 2022 per E-Mail an folgende Adressen:

Prof. Dr. Jan Christoph Suntrup: jan.suntrup@unibw.de

Prof. Dr. André Brodocz: andre.brodocz@uni-erfurt.de

Dr. Hagen Schölzel: hagen.schoelzel@uni-erfurt.de

Geplant ist, dass erste Fassungen der Manuskripte zunächst auf einem Autor*innen-Workshop an der Universität Erfurt gemeinsam diskutiert und dann noch einmal überarbeitet werden, bevor die Beiträge dann bei der ZPTh ins anonymisierte Review-

Verfahren gegeben werden. Reise- und Übernachtungskosten können dafür übernommen werden.

Literatur:

Agamben, G., 2004: *Ausnahmezustand*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Auriel, P., O. Beaud, & C. Wellman (Hrsg.), 2018: *The Rule of Crisis. Terrorism, Emergency Legislation and the Rule of Law*, Cham: Springer.

Beck, U., 2008: *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Cahn, O., E. Göztepe & M. Lemke (Hrsg.), 2018: „New Normality? State of Exception as Contemporary Government Technique“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 28 (4).

De Wilde, M., 2018: „Uncertain futures and the problem of constraining emergency powers: temporal dimensions of Carl Schmitt's theory of the state of exception“, in: L. Corrias & L. Francot (Hrsg.), *Temporal Boundaries of Law and Politics*, London/New York: Routledge, S. 107-125.

Feldman, L. C., 2010: „The Banality of Emergency: On the Time and Space of ‚Political Necessity‘“, in: A. Sarat (Hrsg.), *Sovereignty, Emergency, Legality*, Cambridge, UK/New York: Cambridge University Press, S. 136-164.

Frankenberg, G., 2010: *Staatstechnik. Perspektiven auf Rechtsstaat und Ausnahmezustand*, Berlin: Suhrkamp.

Garapon, A., & M. Rosenfeld, 2016: *Démocraties sous stress. Les défis du terrorisme global*, Paris: PUF.

Gross, O., & F. N. Aoláin, 2006. *Law in Times of Crisis. Emergency Powers in Theory and Practice*, Cambridge, UK/New York: Cambridge University Press.

Kaiser, A.-B., 2020: *Ausnahmerechtsverfassungsrecht*, Tübingen: Mohr Siebeck.

Lemke, M., 2017: *Demokratie im Ausnahmezustand. Wie Regierungen ihre Macht ausweiten*, Frankfurt a.M./New York: Campus.

Locke, J., 2007 [1689]: *Zweite Abhandlung über die Regierung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Loevy, K., 2017: *Emergencies in Public Law. The Legal Politics of Containment*, Cambridge, UK/New York: Cambridge University Press.

Machiavelli, N., 1977 [1531]: *Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung*, Stuttgart: Kröner.

Maduro, M. P., & P. Kahn (Hrsg.): *Democracy in Times of Pandemic. Different Futures Imagined*, Cambridge, UK/New York: Cambridge University Press

Schmitt, C., 2021 [1922]: *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*, Berlin: Duncker & Humblot.

White, J., 2020: *Politics of Last Resort. Governing by Emergency in the European Union*, Oxford/New York: Oxford University Press.